



BBU-Pressemitteilung
30.04.2016

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

BBU: NRW-Ministerpräsidentin Kraft führt Bevölkerung beim Fracking in die Irre

(Bonn, Düsseldorf, 30.04.2016) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) hat der NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft vorgeworfen, die Bevölkerung beim Thema Fracking in die Irre zu führen. Als Reaktion auf die weit fortgeschrittenen Pläne der Koalition aus CDU/CSU und SPD im Bund, Fracking flächendeckend in Deutschland zu ermöglichen, hatte die Regierungschefin erklärt, dass es mit einer Regierung aus SPD und Grünen in NRW kein Fracking für unkonventionelle Lagerstätten geben würde. Doch der Landesentwicklungsplan, der derzeit aufgestellt wird und für den die Staatskanzlei die Verantwortung trägt, sieht in vielen Fällen die Anwendung der Fracking-Technik vor.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Es ist ermüdend, wenn Frau Kraft immer wieder die gleiche falsche Legende vom Fracking-Verbot in NRW präsentiert und auf den LEP verweist. Denn die Realität sieht gänzlich anders aus. Fracking zur Ölgewinnung ist dort ausnahmslos erlaubt. Fracking zur Gasgewinnung soll in bestimmten Sandsteinformationen, sogenannten Tight-Gas-Reservoirs, uneingeschränkt erfolgen können. Und im Schiefergestein und Kohleflözreservoirs ist nur die industrielle Förderung mittels Fracking untersagt. Die Aufsuchung von Gas in diesen Lagerstätten mittels Fracking, d.h. bei Erkundungsbohrungen, Probebohrungen und Forschungsbohrungen, ist im Entwurf des LEP NRW gerade nicht ausgeschlossen. Da wirkt es zynisch, wenn Frau Kraft gegenüber dem WDR erklärt, dass sie Forschungsbohrungen ausschließe.“

Der BBU kritisiert Hannelore Kraft mit deutlichen Worten: Wenn die Ministerpräsidentin erklärt, dass sie „keine butterweiche Lösung“ wolle, reicht es nicht aus, die CDU anzuklagen. Vielmehr muss sie selbst endlich einen LEP-Entwurf präsentieren, der Fracking ausnahmslos ausschließt. Solange sie das nicht tut, wirken ihre Aussagen wie reine Wahlkampfretorik für die NRW-Landtagswahl im nächsten Jahr.

Die Stellungnahme des BBU vom 12.01.2016 zum Entwurf des LEP für das Land NRW kann hier nachgelesen werden: <http://bbu-online.de/Stellungnahmen.htm>.

Weitere Informationen zum Thema Fracking:
<http://bbu-online.de>, <http://www.gegen-gasbohren.de>

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://bbu-online.de>, telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO₂-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.